



Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege  
Postfach 80 02 09, 81602 München

## Über die Verbände

an die Krankenhäuser, Vorsorge- und Re-  
habilitationseinrichtungen

E-Mail  
Referat26@stmgp.bayern.de

*(nachrichtlich über die Regierungen an die Kreisverwaltungsbe-  
hörden als untere Gesundheitsbehörden, die Kassenärztliche  
Vereinigung Bayerns, ARGE der Krankenkassenverbände,  
StMWK, StMAS)*

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
G27h-K9000-2020/1410-319

München,  
21. 12. 2021

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Testungen in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen  
(Informationen insbesondere zur Änderung des IfSG sowie der TestV)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben informieren wir unter anderem über die für die Kran-  
kenhäuser sowie Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation wesentli-  
chen Änderungen des **Infektionsschutzgesetzes (IfSG)** vom 10. Dezem-  
ber 2021, die am **12. Dezember 2021 in Kraft getreten sind**, sowie über  
die Änderung der **Coronavirus-Testverordnung (TestV)** vom 16. Dezem-  
ber 2021.

Vorab weisen wir nochmals explizit darauf hin, dass es sich bei § 28b IfSG  
um Bundesrecht handelt. Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit  
und Pflege ist nicht berechtigt, bundesrechtliche Vorschriften verbindlich  
auszulegen.

I. § 28b Abs. 2 und 3 IfSG, Testnachweise und Dokumentation

Arbeitgeber, Beschäftigte und Besucher dürfen nach § 28b Abs. 2 Satz 1 IfSG die Einrichtungen grundsätzlich weiterhin nur betreten bzw. in diesen tätig werden, wenn sie die vorgeschriebenen Testnachweiserfordernisse erbringen können. § 4 Abs. 7 Nr. 4 der 15. BayIfSMV, wonach geimpfte Personen, die zusätzlich eine weitere Impfstoffdosis als Auffrischungsimpfung erhalten haben, getesteten Personen gleichgestellt sind, ist hier **nicht** einschlägig, da § 28b Abs. 2 IfSG als Bundesrecht vorrangig gilt.

Es haben sich jedoch folgende **Änderungen** ergeben:

- **Begleitpersonen**, die die Einrichtung für **einen nur unerheblichen Zeitraum betreten**, gelten **nicht als Besucher** im Sinne des § 28b Abs. 2 Satz 1 IfSG. Nach der Gesetzesbegründung sind Begleitpersonen im Sinne des § 28b Abs. 2 Satz 2 IfSG solche, auf die die behandelten, betreuten, gepflegten oder untergebrachten Personen im Rahmen ihrer Therapie, zur Förderung des Behandlungserfolgs oder im Alltag angewiesen sind. Zu den Begleitpersonen zählen insbesondere **Erziehungsberechtigte bei Minderjährigen** und Assistenzkräfte bei Menschen mit Behinderung.
- Es wird zudem klargestellt, dass **Auszubildende, Studierende und Schülerinnen und Schüler**, die die Einrichtungen zum Zweck ihrer beruflichen Bildung betreten, als **Beschäftigte** im Sinne des § 28b Abs. 2 Satz 1 IfSG gelten und damit den entsprechenden Testnachweiserfordernissen für Beschäftigte unterfallen.
- Die Testfrequenz von **geimpften und genesenen Beschäftigten** wurde nunmehr entsprechend dem Bayerischen Moratorium (Schreiben vom 26. November 2021) auf **mindestens zweimal pro Woche** festgelegt, § 28b Abs. 2 Satz 5 IfSG. Das Moratorium ist insoweit unbeachtlich geworden. Die Testungen können weiterhin durch Antigen-Tests zur Eigenanwendung **ohne Überwachung** erfolgen.

- Antigen-Tests zur Eigenanwendung **ohne Überwachung** können auch bei **Besuchern, die als medizinisches Personal** die in den Einrichtungen behandelten, betreuten, gepflegten oder untergebrachten **Personen zu Behandlungszwecken aufsuchen** (externes medizinisches bzw. therapeutisches Personal) und **geimpfte Personen oder genesene Personen** im Sinne des § 2 Nummer 2 oder Nummer 4 der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung (SchAusnahmV) sind, zu Anwendung kommen. Bei diesen Personen ist insbesondere der Geimpften- bzw. Genesenenstatus zu kontrollieren.
- Für Besucher, die die Einrichtung oder das Unternehmen **im Rahmen eines Notfalleinsatzes** oder aus **anderen Gründen ohne Kontakt** zu den in den Einrichtungen behandelten, betreuten, gepflegten oder untergebrachten Personen **nur für einen unerheblichen Zeitraum betreten**, gilt das Testnachweiserfordernis des § 28b Abs. 2 Satz 1 IfSG **nicht** (z. B. Rettungskräfte, u. E. auch Paketboten etc.).
- Die Einrichtungen sind weiterhin verpflichtet, ein Testkonzept zu erstellen. Allerdings wurde die Pflicht, auch für alle Besucher Testungen anbieten zu müssen, für Krankenhäuser und Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation aufgehoben: **Besucher** können grundsätzlich auf das Angebot der **BürgerTesting gem. § 4a TestV** verwiesen werden. Soweit Besuchertestungen vor Ort angeboten werden, **dürfen Besucher** – wie auch Beschäftigte – die Einrichtung betreten, um im unmittelbaren Anschluss daran vor Ort ein Testangebot der Einrichtung wahrzunehmen, vgl. § 28b Abs. 2 Satz 7 i. V. m. Abs. 1 Satz 3 IfSG. Damit können zum Beispiel bauliche Gegebenheiten in den Eingangsbereichen der Einrichtungen berücksichtigt werden. Dabei muss jedoch gewährleistet sein, dass jeglicher Patientenkontakt ausgeschlossen ist, bevor ein negativer Testnachweis vorliegt.

Gerade in **zeitkritischen Fällen**, wie bspw. bei kurzfristig nötiger Krankenhauseinweisung von Angehörigen, Geburtsbegleitung etc., möchten wir die Einrichtungen **bitten**, weiterhin eine niedrighschwellige **Testmöglichkeit vor Ort** anzubieten, sofern Besuchertestungen nicht ohnehin angeboten werden. Sofern im Übrigen Besuchertestungen nicht durch die Einrichtung selbst angeboten werden, sollten Besucher möglichst vorab (bspw. über die Homepage) darüber informiert werden, dass ein Testnachweis grundsätzlich im Vorfeld des Besuchs selbst zu organisieren ist.

- Auch § 28b Abs. 3 IfSG wurde überarbeitet, sodass das Moratorium obsolet geworden ist: Gemäß § 28b Abs. 1 Satz 1 IfSG sind die sich aus Abs. 2 ergebenden **Testnachweisverpflichtungen** täglich zu **überwachen und regelmäßig zu dokumentieren**. Gerade bei Beschäftigten bzw. externem medizinischen Personal, bei welchen **Selbsttests auch ohne Überwachung** durchgeführt werden könnten, können **keine erhöhten Anforderungen** an die Nachweis- und Dokumentationspflicht gestellt werden. Denkbar wäre unseres Erachtens bspw. eine stichprobenhafte Überprüfung von „Test-Tagebüchern“ der Beschäftigten oder das Einfordern schriftlicher Bestätigungen, dass den entsprechenden Testnachweiserfordernissen (grsl. zweimal wöchentlich) nachgekommen wird, etwa in Verbindung mit der Ausgabe der Testkits oder bei Betreten der Einrichtung. Gemäß § 28b Abs. 3 Satz 6 IfSG kann die zuständige Behörde nach wie vor von jedem Arbeitgeber sowie von den Leitungen der Einrichtungen die zur Durchführung ihrer Überwachungsaufgabe erforderlichen **Auskünfte verlangen**. Eine (zweiwöchentliche) Übermittlungspflicht besteht hingegen nicht mehr.
- Krankenhäuser und Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation, sind verpflichtet, der zuständigen Behörde **auf deren Anforderung** Angaben zum Anteil der Personen, die gegen das Coronavirus-SARS-CoV-2 geimpft sind, in Bezug auf die in der Einrichtung **Beschäftigten** in anonymisierter Form zu übermitteln, § 28b Abs. 3

Satz 8 IfSG. Nach § 28b Abs. 3 Satz 10 IfSG sind die erhobenen Daten zum Impf-, Sero- und Teststatus weiterhin spätestens nach Ablauf von sechs Monaten nach ihrer Erhebung zu löschen.

- Der Impf- und Teststatus von **Patientinnen und Patienten** darf hingegen **nicht mehr auf Grundlage des § 28b Abs. 3** (Satz 8 a. F.) **IfSG erhoben** werden. Andere Melde- bzw. Erhebungspflichten diesbezüglich (z. B. nach der Verordnung über die Erweiterung der Meldepflicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 IfSG auf Hospitalisierungen in Bezug auf COVID-19) bleiben davon unberührt.

Eine Aussage zur jederzeitigen **Zulässigkeit der Sterbebegleitung** wird in § 28b Abs. 2 IfSG nicht getroffen. Die Frage haben wir daher mit der **Bitte um Klarstellung an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG)** herangetragen. Sobald uns eine Rückmeldung hierzu vorliegt, werden wir Sie zeitnah darüber informieren.

Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand und laut Aussage BMG sind als Besuchspersonen grundsätzlich alle Personen zu qualifizieren, die die Einrichtungen betreten wollen bzw. müssen und die keine Arbeitgeber oder Beschäftigten sind. Zu den **Besuchern zählen damit auch Personen, die aus beruflichen Gründen zur Ausführung hoheitlicher Vollzugsaufgaben in den Einrichtungen tätig werden**. Davon umfasst sind beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter, Betreuungsrichterinnen und Betreuungsrichter, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, gerichtlich bestellte Sachverständige, Verfahrenspflegerinnen und Verfahrenspfleger, Betreuerinnen und Betreuer. Wie bereits dargelegt, ist nach § 28b Abs. 2 Satz 6 IfSG ein Zutritt ohne Testnachweis in Notfallsituationen bzw. bei Gefahr in Verzug möglich, z. B. bei Polizeieinsätzen oder Einsätzen des Rettungsdienstes.

Von den Besuchspersonen kann nicht verlangt werden, dass sie sich zwingend einer Testung in der Einrichtung selbst unterziehen. Auch andere nach § 2 Nr. 7 SchAusnahmV zulässige Testnachweise müssen akzeptiert werden. Sofern bestimmte Besuchspersonen – wie etwa die zuständigen Betreuungsrichterinnen und Betreuungsrichter – bestimmte **Einrichtungen**

**regelmäßig betreten** müssen, **sollten passend zu den Gegebenheiten vor Ort gemeinsam Konzepte entwickelt** werden, die beiden Seiten die Beachtung der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen möglichst zeit- und ressourcensparend ermöglichen und insbesondere auch **wiederholte Testungen an einem Tag vermeiden**.

## II. Besuche über die Weihnachtsfeiertage

Wünschenswert wäre gerade für die betroffenen Familien und Angehörigen, dass **Besuche über die Weihnachtstage** auch im bisherigen Umfang möglich sind und hierfür – sofern möglich – auch vor Ort **Besuchertestungen** – ggfs. auch nur für ein bis zwei Stunden täglich – angeboten werden. Wir sind uns bewusst, dass dies aufgrund der nach wie vor hohen Auslastung und der angespannten Personalsituation nicht allen Kliniken möglich sein wird. Soweit **keine Testmöglichkeiten vor Ort** angeboten werden können, sollten **Besucher jedoch im Vorfeld** (z. B. über die Homepage) **darauf hingewiesen** werden, damit **Termine für Testungen möglichst noch im Rahmen der regulären Öffnungszeiten der Testzentren bzw. -stellen** (bspw. am 23. Dezember abends bzw. am 24. Dezember vormittags) gebucht bzw. Termine an den **Feiertagen** möglichst **frühzeitig organisiert** werden können.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass die lokalen **Testzentren von der Staatsregierung aufgefordert** wurden, auch über die **Weihnachtsfeiertage hinreichend Testkapazitäten** bereitzustellen. Zu den Öffnungszeiten der Testzentren können wir jedoch keine Aussagen treffen.

## III. Immunitätsnachweis gegen COVID-19 gemäß § 20a IfSG

Der neu eingeführte **§ 20a IfSG** sieht eine **Impfpflicht** unter anderem für **Beschäftigte** von Krankenhäusern (Abs. 1 Satz Nr. 1a) und Vorsorge- sowie Rehabilitationseinrichtungen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1c) vor. Hierzu möchten wir Ihnen bereits jetzt folgende Hinweise geben:

- Ab dem **15. März 2022** müssen Beschäftigte dieser Einrichtungen entweder **geimpfte oder genesene Personen im Sinne des § 2 Nr. 2 oder Nr. 4 SchAusnahmV** in der jeweils geltenden Fassung sein.
- Die **Art der Beschäftigung** (Arbeitsvertrag, Leiharbeitsverhältnis, Praktikum, Beamtenverhältnis etc.) ist **ohne Bedeutung**. Bei den erfassten Personen handelt es sich beispielsweise um medizinisch-therapeutisches Personal, aber auch um weitere dort tätige Personen wie beispielsweise Verwaltungs-, Transport-, Küchen- oder Reinigungspersonal etc. Erfasst sind auch Auszubildende, Personen, welche ihren Freiwilligendienst (nach dem BFDG oder JFDG) ableisten, ehrenamtlich Tätige, Praktikanten sowie Zeitarbeitskräfte. Nicht erfasst werden nur zeitlich ganz vorübergehend (nur jeweils wenige Minuten, nicht über einen längeren Zeitraum) in den Einrichtungen tätige Personen.
- Die Verpflichtung gilt gem. § 20a Abs. 1 Satz 2 IfSG nicht für Personen, die auf Grund einer medizinischen Kontraindikation nicht gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 geimpft werden können.
- Nach § 20a Abs. 2 Satz 1 IfSG haben die von der Impfpflicht erfassten Personen der Einrichtungsleitung **bis zum Ablauf des 15. März 2022 entweder**
  - einen **Impfnachweis**,
  - einen **Genesenennachweis oder**
  - **ein ärztliches Zeugnis über eine medizinische Kontraindikation**, aufgrund derer sie nicht gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 geimpft werden können,  
**vorzulegen.**
- Gemäß § 20a Abs. 3 Satz 1 IfSG haben Personen, die in den von der Impfpflicht umfassten Einrichtungen **ab dem 16. März 2022 tätig** werden sollen, der Leitung der jeweiligen Einrichtung **vor Beginn ihrer Tätigkeit einen Nachweis nach § 20a Abs. 2 Satz 1 IfSG vor-**

**zulegen.**

- Soweit ein Impf- oder Genesenennachweis bzw. ein ärztliches Zeugnis ab dem 16. März 2022 infolge Zeitablaufs seine **Gültigkeit verliert**, ist der Einrichtungs- bzw. Unternehmensleitung **innerhalb eines Monats ein neuer Nachweis** vorzulegen.
- Bestehen **Zweifel an der Echtheit oder inhaltlichen Richtigkeit des vorgelegten Nachweises**, hat die Leitung der jeweiligen Einrichtung oder des jeweiligen Unternehmens **unverzüglich das Gesundheitsamt**, in dessen Bezirk sich die jeweilige Einrichtung oder das jeweilige Unternehmen befindet, darüber **zu benachrichtigen** und dem Gesundheitsamt die **erforderlichen personenbezogenen Daten zu übermitteln** (§ 20a Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 2 IfSG). Gleiches gilt bei **Bestandskräften, wenn der Nachweis nicht bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt** wird. Bei **Neueinstellungen führt die Nichtvorlage** eines Nachweises hingegen zu einem **Beschäftigungs- und Tätigkeitsverbot**.

Das **Gesundheitsamt** kann einer **Person**, die trotz Aufforderung zur **Vorlage** eines **Impfnachweises** nach § 20a Abs. 2 Satz 1 IfSG keinen Nachweis innerhalb einer angemessenen Frist vorlegt oder der Anordnung einer ärztlichen Untersuchung, ob die betroffene Person auf Grund einer medizinischen Kontraindikation nicht gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 geimpft werden kann, **nicht Folge leistet, untersagen**, dass sie die **Einrichtung** nach § 20a Abs. 1 Satz 1 IfSG **betritt oder in** einer solchen **Einrichtung tätig wird**. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine vom Gesundheitsamt erlassene Anordnung zur Untersuchung oder ein von ihm erteiltes Betretungsverbot haben keine aufschiebende Wirkung.



#### IV. Änderung der TestV

Zum **18. Dezember 2021** ist eine neuerliche **Änderung der TestV in Kraft** getreten. Für den Bereich der Krankenhäuser und Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation sind insbesondere folgende Anpassungen von Relevanz:

- Im Rahmen ihres **einrichtungsbezogenen Testkonzepts** sind die Krankenhäuser und Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation (als Einrichtungen gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 TestV) nunmehr **berechtigt**, bis zu **35** (anstelle von bisher 30) **PoC-Antigen-Tests oder Antigentests zur Eigenanwendung je behandelter, betreuter, gepflegter oder untergebrachter Person pro Monat** in eigener Verantwortung zu beschaffen und zu nutzen, § 6 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 TestV.
- Gemäß **§ 11 TestV** wird für selbst beschaffte PoC-Antigen-Tests und Antigen-Tests zur Eigenanwendung grundsätzlich eine Pauschale von 3,50 Euro je Test erstattet. Für Leistungen vom **1. Dezember 2021 bis zum 31. Januar 2022 beträgt die Pauschale je Test 4,50 Euro**. Diese Änderung ist **rückwirkend zum 1. Dezember 2021 in Kraft** getreten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Herwig Heide  
Ministerialdirigent